

Zur Rede des stellvertretenden Bundesvorsitzenden anlässlich des 53. Ordentlichen Bundesparteitages in Mannheim:

Brüderle: Wohlstand für alle

Die Wirtschaftspolitik braucht einen Kompaß. Unter Grün-Rot hat Deutschland diesen Kompaß verloren. Ordnungspolitische Beliebigkeit, Konzeptionslosigkeit und Kurzatmigkeit sind die Kennzeichen der Regierung Schröder/Fischer. Grün-Rot hat das Erbe Ludwig Erhards verspielt.

Die FDP tritt an, dieses Erbe wiederzubeleben. Sie ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft.

Wohlstand für alle ist möglich, wenn wir eine konsequente liberale Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung verfolgen. Deshalb schlage ich folgende 18 Punkte für einen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland vor:

1. Das Bundeswirtschaftsministerium muss wieder zum ordnungspolitischen Gewissen der Bundesregierung werden. Die Stimme der marktwirtschaftlichen Vernunft braucht wieder mehr Gewicht. Daher müssen Kompetenzen aus dem Finanz- und Arbeitsministerium ins Wirtschaftsministerium verlagert werden. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss. Ohne eine Renaissance des Wirtschaftsministeriums Erhardscher Prägung wird eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft nicht gelingen.
2. Wir brauchen eine Entmonopolisierungs- und Wettbewerbsoffensive. Dazu gehört es unter anderem, die Remonopolisierung der Energiemärkte zu stoppen, das Briefmonopol zu beenden und endlich das De-facto-Monopol der Telekom im Ortsnetz zu knacken.
3. Mit der FDP wird es keinen Tarifzwang im öffentlichen Vergabewesen geben. Das sogenannte Tariftreugesetz ist ein typisches Beispiel für die ordnungspolitische Geisterfahrei der grün-roten Regierung. Dieses Gesetz ersetzt den Wettbewerb durch den Kartellzwang und führt zu einer Verschärfung der Strukturkrise in der Bauwirtschaft. Zudem öffnet das vergabefremde Kriterium Tür und Tor zum Missbrauch des Vergaberechts für andere politische Ziele. Auslöffeln müssen solche ordnungspolitischen Fehlleistungen die Kommunen und die Steuerzahler. Gestärkt wird die Schwarzarbeit.
4. Die FDP will endlich an die dauerhaften Konservierungssubventionen ran. Dafür brauchen wir ein Subventionsabbaugesetz, mit dessen Hilfe Subventionen grundsätzlich degressiv gestaltet und zeitlich begrenzt werden können.
5. Der Mittelstand braucht wieder einen Anwalt am Kabinetttisch. Ordnungspolitik ist auch Mittelstandspolitik. Eine Mittelstandsbeauftragte ohne Kabinettsrang ist wie ein zahloser Tiger. Deshalb ist zu überlegen, ob das neue Bundeswirtschaftsministerium auch die Zuständigkeit für den Mittelstand im Titel tragen sollte.
6. Der Mittelstand muss endlich von überbordender und nervtötender Bürokratie entlastet werden. 30 Milliarden Euro Bürokratiekosten für kleine und mittlere Unternehmen sind ein Hemmschuh der deutschen Wirtschaftsentwicklung. Deshalb müssen kleine und mittlere Unternehmen von staatlichen Aufgaben

entbunden (z.B. durch Verringerung der Umsatzsteuermeldepflichten, einheitliche Verdienstbescheinigungen, höhere Abschneidegrenzen bei amtlichen Statistiken) oder für diese Aufgaben entlohnt werden.

7. Mittelstandsfeindliche Maßnahmen, wie die 325-Euro-Regelung, Zwangsteilzeit, Scheinselbständigengesetz oder Verschärfung der Mitbestimmung müssen rückgängig gemacht werden. Damit sind neue Einstellungshemmnisse aufgebaut, bestehende Jobs vernichtet und die Schwarzarbeit gestärkt worden. Diese Maßnahmen haben zur miesen Stimmung im deutschen Mittelstand wesentlich beigetragen.
8. Die Geltung des Kündigungsschutzgesetzes muss für kleine Unternehmen abgeschafft werden. Der Anreiz neue Arbeitsplätze zu schaffen, wird gerade für kleine Unternehmen durch das komplizierte Kündigungsschutzrecht geschmälert.
9. Die Kreditversorgung des Mittelstands muss gesichert bleiben. Natürlich gibt es bei der Versorgung des Mittelstands mit Risikokapital auch Marktversagen. Einer Verschlechterung der Kreditkonditionen durch Basel II wird die FDP hingegen nicht die Hand reichen. Notwendig ist auch eine umfassende steuerliche Entlastung, um die Eigenkapitalbildung zu erleichtern.
10. Die Zeit der Steuererhöhungen muss ein Ende haben. Wir brauchen ein klares, einfaches und gerechtes Steuersystem mit einem international üblichen Stufentarif und den Sätzen 15, 25 und 35 Prozent bei gleichzeitigem radikalen Abbau von steuerlichen Ausnahmetatbeständen. Damit werden 99 Prozent der Steuerzahler entlastet.
11. Die Ökosteuer muss weg. Sie ist weder öko noch logisch und verschleiert die Reformerfordernisse in der Rentenversicherung. Die Ökosteuer ist nichts anderes als ein verkappter Rentenversicherungsbeitrag. Sie führt aber nicht – wie von der Bundesregierung immer wieder behauptet - zu einer Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten. Schließlich betragen die Sozialversicherungsbeiträge unter Berücksichtigung der Ökosteuerlasten nach Berechnungen der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände heute über 44 Prozent.
12. Mehr Wachstum ist die entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Konsolidierung der Staatsfinanzen. Daneben müssen Ausgaben für Konsumzwecke zu Investitionsausgaben umgeschichtet werden. Aber auch Ausgabenkürzungen bleiben notwendig. Wir brauchen deshalb ein Sparpaket II.
13. Das starre Tarifkorsett muss aufgesprengt und der Flächentarifvertrag endlich flexibilisiert werden. Gerade die laufende Tarifrunde mit wirklichkeitsfremden Lohnforderungen und massiven Streiks zeigt, dass der Flächentarif alter Prägung ausgedient hat. Wir brauchen betriebliche Bündnisse für Arbeit statt Fremdbestimmung durch Funktionäre. Deshalb setzen wir uns für gesetzliche Öffnungsklauseln und eine Erweiterung des Günstigkeitsprinzips in Richtung Beschäftigungssicherung ein.
14. Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag muss runter. Deshalb muss in der Arbeitslosenversicherung wieder ein strenges Versicherungsprinzip gelten. Versicherungsfremde Leistungen dürfen nicht mehr aus den Beiträgen finanziert

werden. Das schafft Senkungspotential von zwei Beitragspunkten bei den gesetzlichen Lohnnebenkosten.

15. Wir brauchen bessere Anreize zur Arbeitsaufnahme. Empirische Studien belegen: Viele Arbeitslose unterschätzen ihren Humankapitalverlust und suchen daher zu lange. Diesem Humankapitalverlust ist im Interesse des Arbeitssuchenden aber auch im Interesse der Gesamtwirtschaft entgegen zu wirken. Auch deshalb müssen die Arbeitslosen- und Sozialhilfe endlich zusammengelegt werden.
16. Wir brauchen 630-Euro-Jobs mit pauschaler Besteuerung. Nur so schaffen wir einen dringend notwendigen und unbürokratischen Einstieg in den Niedriglohnsektor.
17. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss liberalisiert und entbürokratisiert werden. Denn: Zeitarbeit ist eine wichtige Brücke von der Arbeitslosigkeit in die Beschäftigung. Deshalb muss unter anderem die zulässige Höchstdauer der Überlassung auf 36 Monate angehoben, das Verbot der Arbeitnehmerüberlassung im Baugewerbe aufgehoben und die Sperrfrist für die Wiedereinstellung eines gekündigten Leiharbeitnehmers abgeschafft werden.
18. Wir müssen das Arbeitsrecht entrümpeln. 600.000 Arbeitsgerichtsprozesse im Jahr sind zuviel. Sie sorgen für Rechtsunsicherheit. Deshalb müssen wir den Betrieben vor Ort mehr Spielraum bei den arbeitsrechtlichen Vorschriften einräumen. Das richtige Mittel sind gesetzliche Experimentierklauseln. Dann können auf einzelvertraglicher Basis neue Wege gegangen und die Anpassung an sich verändernde Bedingungen erleichtert werden.